

## Antrag

Hannover, den 19.04.2021

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Draußen ist das neue Drinnen - Erkenntnisse aus der Aerosolforschung berücksichtigen - Niedersachsen geht raus**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Am 11. April schrieben fünf führende Mitglieder der Gesellschaft für Aerosolforschung (GAeF) einen offenen Brief an die Bundesregierung und Ministerpräsidenten der Länder. Darin berichten die Forscherinnen und Forscher, eine Übertragung der SARS-CoV-2 Viren finde „fast ausnahmslos in Innenräumen statt. Übertragungen im Freien sind äußerst selten und führen nie zu 'Clusterinfektionen', wie das in Innenräumen zu beobachten ist.“

Diese Erkenntnis deckt sich mit dem bisherigen Wissen über das Infektionsgeschehen und sollte daher unbedingt berücksichtigt werden, auch um neue, sicherere Perspektiven für ein Leben mit dem Corona-Virus zu ermöglichen. Außerhalb geschlossener Räume kann so perspektivisch wieder mehr gesellschaftliches Leben stattfinden.

In dem offenen Brief empfehlen die Mitglieder der GAeF:

„Wenn wir die Pandemie in den Griff bekommen wollen, müssen wir die Menschen sensibilisieren, dass DRINNEN die Gefahr lauert. In den Wohnungen, in den Büros, in den Klassenräumen, in Wohnanlagen und in Betreuungseinrichtungen müssen Maßnahmen ergriffen werden. Die andauernden Debatten über das Flanieren auf Flusspromenaden, den Aufenthalt in Biergärten, das Joggen oder das Radfahren haben sich längst als kontraproduktiv erwiesen. Wenn unseren Bürgerinnen und Bürgern alle Formen zwischenmenschlicher Kontakte als gefährlich vermittelt werden, verstärken wir paradoxerweise die überall erkennbare Pandemiemüdigkeit. Nichts stumpft uns Menschen bekanntlich mehr ab als ein permanenter Alarmzustand. Wir müssen uns deshalb um die Orte kümmern, wo die mit Abstand allermeisten Infektionen passieren - und nicht unsere begrenzten Ressourcen auf die wenigen Promille der Ansteckungen im Freien verschwenden.“

Auch das Robert-Koch-Institut kommt in dem epidemiologischen Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19 (Stand: 18.03.2021) zu einem ähnlichen Ergebnis: „Bei Wahrung des Mindestabstandes ist die Übertragungswahrscheinlichkeit im Außenbereich aufgrund der Luftbewegung sehr gering.“

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. bei der Bundesregierung auf eine Differenzierung der gesetzlichen Regelungen zwischen geschlossenen Räumen und Außenbereichen hinzuwirken. In Außenbereichen muss deutlich mehr ermöglicht werden als in Innenbereichen. Insbesondere sind symbolische Maßnahmen, die nicht wissenschaftlich begründet sind, abzulehnen. Das gilt auch für das undifferenzierte Verhängen von Ausgangsbeschränkungen,
2. Konzepte für „Draußen-Schulen“ und „Draußen-Angebote“ in Schulen und Kindertagesstätten zu entwickeln und bei deren Umsetzung zu unterstützen,
3. Universitäten und Hochschulen darin zu unterstützen, dass Präsenzangebote wie Seminare und Vorlesungen draußen stattfinden können,
4. gemeinsam mit Unternehmen in Niedersachsen zu eruiieren, inwiefern neben mobilem Arbeiten und Homeoffice auch Perspektiven für eine Umsetzung für Outdoor-Büros, Meetings und andere Perspektiven bestehen und welcher politischen Rahmenbedingungen oder Unterstützungen es hierfür bedarf,

5. die Verordnung des Landes entsprechend anzupassen, damit größere Treffen und Veranstaltungen im Außenbereich unter Einhaltung des Mindestabstandes bei einer stabilen Sieben-Tages-Inzidenz unter 50 möglich sind,
6. gleichzeitig einen Stufenplan für Draußen-Angebote zu entwickeln, der auch für den Handel, Veranstaltungen, Kultureinrichtungen und Gastronomie sowie den Tourismus Perspektiven jenseits der Angebote in Räumen schafft und dem Stand der Infektionsforschung durch Hygienestandards und Vorgaben Rechnung trägt,
7. Einrichtungen mit Außenflächen (Zoos, Freilichtmuseen), die durch Personal die Einhaltung des Mindestabstandes und ein Hygienekonzept sicherstellen können, die komplette Öffnung bei einer Sieben-Tages-Inzidenz unter 50 zu gestatten sowie die Außenflächen durchgängig auch bei einem Überschreiten der Sieben-Tages-Inzidenz von 100 analog zum Aufenthalt im Freien zu ermöglichen,
8. eine coronakonforme Perspektive für Kultur und Freizeit mit einer Kampagne „Draußen ist das neue Drinnen“ zu entwickeln, voranzutreiben und damit neue Perspektiven zu ermöglichen, zugleich sollen Kulturbetriebe bei der Umstellung auf alternative Veranstaltungskonzepte gefördert werden.

#### Begründung

Erfolgt mündlich.

Helge Limburg  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 19.04.2021)